



Infobrief

**Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger
und terroristischer Organisationen**

§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

Roman Trips-Hebert

**Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger
und terroristischer Organisationen**

§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

Verfasser: Regierungsdirektor Dr. Roman Trips-Hebert
Aktenzeichen: WD 7 – 3010 – 105/21
Abschluss der Arbeit: 10. November 2021
Fachbereich: WD 7: Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Bau und Stadtentwicklung
Telefon: +49 (30) 227-38638

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Tatbestand, Systematik und Geschichte	5
2.1.	Tatbestand	5
2.2.	Systematik	6
2.3.	Geschichte und einzelne Änderungen	7
3.	Detailbetrachtung und Rechtsprechung	8
3.1.	Erfasste Organisationen	8
3.1.1.	Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist (§ 86 Absatz 1 Nr. 1 StGB)	9
3.1.2.	Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist (§ 86 Absatz 1 Nr. 2 StGB)	9
3.1.3.	Ehemalige nationalsozialistische Organisation (§ 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB)	11
3.1.4.	Terroristische Organisationen im Sinne des EU-Rechts (§ 86 Absatz 2 StGB)	12
3.2.	Kennzeichenbegriff	12
3.2.1.	Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke	12
3.2.2.	Parolen und Grußformen	16
3.2.3.	Lieder	17
3.2.4.	Bilder	18
3.3.	Tathandlung	18
3.4.	Sozialadäquanz	21
3.5.	Subjektiver Tatbestand	21
3.6.	Rechtsfolgen	22
4.	Literatur- und Quellenverzeichnis	23

1. Einleitung

Immer wieder befassen sich deutsche Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht mit dem so genannten **Kennzeichenverbot** (§ 86a StGB¹). Danach ist es strafbar, Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen zu verbreiten oder öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Inhalten zu verwenden.² Kennzeichen in diesem Sinne sind „namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen“ (§ 86a Absatz 2 StGB). Der Norm wird eine herausragende Bedeutung zugeschrieben: Wie kein anderer **Tatbestand des politischen Strafrechts** werde sie immer häufiger Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen – was vor allem daran liege, dass sich die **rechtsextreme Szene** in zunehmendem Maße nationalsozialistischer Symbole bediene, um für ihre Zwecke zu werben.³ Neben bestimmten rechts- und linksextremen Gruppen fallen verschiedene **islamistische Vereinigungen und linksextreme Ausländervereine**⁴ sowie – seit einer Gesetzesänderung im September 2021⁵ – auch **terroristische Organisationen im Sinne des EU-Rechts** mit ihren Symbolen in den Anwendungsbereich des strafrechtlichen Kennzeichenverbots.

Dem vergleichsweise häufig⁶ vorkommenden so genannten **Propagandadelikt** entspricht ein oftmals starkes öffentliches Interesse an den jeweiligen Vorfällen: Regelmäßig berichten die Medien über einschlägige Vorkommnisse und deren juristische Bewertung und Behandlung seitens der

-
- 1 Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. September 2021 (BGBl. I S. 4250) geändert worden ist.
 - 2 Vgl. etwa den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08 (Tragen eines T-Shirts mit dem Aufdruck „Sohn Frankens, die Jugend stolz/die Fahnen hoch“, abrufbar unter http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20090518_2bvr220208.html), und das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 13. August 2009, Az. StR 228/09, BGHSt 54, 61 (zu englischsprachigen Übersetzungen von nationalsozialistischen Parolen, abrufbar unter <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2009-8&nr=49285&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf>). Stand dieser und sämtlicher weiteren Online-Quellen in diesem Info-Brief: 10. November 2021.
 - 3 Von Dewitz (2006), S. 278.
 - 4 Die Begrifflichkeit „Ausländerverein“ entstammt § 14 VereinsG (Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. November 2020 (BGBl. I S. 2600) geändert worden ist).
 - 5 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten, Strafbarkeit der Verbreitung und des Besitzes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Verbesserung der Bekämpfung verhetzender Inhalte sowie Bekämpfung von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen vom 14. September 2021 (BGBl. I S. 4250), in Kraft getreten am 22. September 2021.
 - 6 Der Verfassungsschutzbericht 2020, S. 25, weist für 2020 insgesamt 15.275 politisch motivierte Propagandadelikte – also Straftaten nach § 86 und § 86a StGB – aus. Dies sind 34,2 % der insgesamt 44.692 politisch motivierten Straftaten. Der Verfassungsschutzbericht ist abrufbar unter https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2021/verfassungsschutzbericht-2020.pdf;jsessionid=8EA438A096D301589D51163460F511CB.intranet261?_blob=publicationFile&v=6.

Staatsanwaltschaften und Gerichte.⁷ Nicht selten knüpft sich eine lebhafte und zum Teil kontroverse Diskussion an. Betrachtet man hierbei die jeweiligen Fälle, so zeigt sich eine offenbar **große Bandbreite** von potenziell inkriminierten Handlungen: Vom Tragen eines T-Shirts mit einem leicht abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied durch einen NPD-Anhänger⁸ über das Herstellen und Verkaufen von den Hitlergruß zeigenden Gartenzweigen durch einen Künstler⁹ bis hin zum Verwenden von durchgestrichenen Hakenkreuzen¹⁰ oder dem „Zitieren“ der Runen der Waffen-SS durch Angehörige der Punkrockszene¹¹.

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend eine kursorische Übersicht über Inhalt und Reichweite von § 86a StGB gegeben werden.¹² Der Fokus soll hierbei vor allem auf konkreten **Beispielen** liegen, die in der Vergangenheit Gegenstand gerichtlicher Befassung waren.

2. Tatbestand, Systematik und Geschichte

2.1. Tatbestand

§ 86a Absatz 1 StGB stellt in Verbindung mit § 86 StGB im Wesentlichen unter Strafe, im Inland Kennzeichen

-
- 7 Vgl. nur Saft (2014); Herz (2009); Schierholz/Schafmeister (2009); „Hetzvideos: Staatsanwaltschaft klagt mutmaßlichen Neonnazi an“, Focus.de vom 22. Januar 2014, abrufbar unter http://www.focus.de/regional/saarbruecken/extremismus-hetzvideos-staatsanwaltschaft-klagt-mutmasslichen-neonnazi-an_id_3560989.html; „Nazi-Parole nur in deutscher Sprache strafbar“, Spiegel online vom 13. August 2009, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,642217,00.html>; „Punkrockern droht Haft wegen Band-Logo“, Spiegel online vom 9. Mai 2009 (abrufbar unter <http://www.spiegel.de/kultur/musik/s-fehler-punkrockern-droht-haft-wegen-band-logo-a-623848.html>).
 - 8 BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08.
 - 9 Vgl. „Streit um Hitler-Gartenzweig“, sueddeutsche.de vom 17. Mai 2010 (<https://www.sueddeutsche.de/bayern/justiz-hitler-gruss-streit-um-hitler-gartenzweig-1.157823>).
 - 10 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, BGHSt 51, 244 = Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2007, S. 1602.
 - 11 Vgl. zum Fall der Punkband „SS-Kaliert“ Der Spiegel vom 11. Mai 2009, S. 22. Auch das originale Bandlogo der US-amerikanischen Rockband Kiss ist so gestaltet, dass das Doppel-S zwei Siegrunen ähnelt, weshalb die Band für den Auftritt im deutschen Markt seit den 1980er Jahren ein umgestaltetes Logo verwendet. Einer Entscheidung des LG Berlin zufolge liegt auch beim Originalschriftzug jedoch keine Strafbarkeit nach § 86a StGB vor, da sich die verwendeten Zeichen in der Gestaltung deutlich von den SS-Siegrunen unterscheiden und sie diesen insofern nicht zum Verwechseln ähnlich seien (LG Berlin, Beschluss vom 6. Juni 2016, Az. 538 Qs 60/16 – 251a Ds 34/16).
 - 12 Zur Vermeidung von Missverständnissen soll an dieser Stelle betont werden, dass aufgrund dieser Ausrichtung des Info-Briefes etwaig nachfolgende Aussagen, wonach eine bestimmte Kennzeichenverwendung nicht nach § 86a StGB strafbar ist, nicht bedeuten, dass das Verhalten als solches nicht aufgrund anderer Straftatbestände strafbar sein kann. Im Gegenteil können auch dann, wenn eine Strafbarkeit nach § 86a StGB ausscheidet, andere Delikte in Betracht kommen, wie etwa § 130 StGB (Volksverhetzung). Zur Volksverhetzung vgl. Trips-Hebert (2009).

-
- zu verbreiten oder
 - öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Inhalten zu verwenden oder
 - Inhalte, die derartige Kennzeichen darstellen oder enthalten, zur Verbreitung oder Verwendung im Inland oder Ausland in dieser Art und Weise herzustellen, vorrätig zu halten, ein- oder auszuführen,

wenn es sich um Kennzeichen einer der folgenden Parteien, Vereinigungen oder Organisationen handelt:

- Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder deren Ersatzorganisation.
- Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet oder eine entsprechenden Ersatzorganisation.
- Ehemalige nationalsozialistische Organisation.
- Organisation, die im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2021/138 des Rates vom 5. Februar 2021 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1128 als juristische Person, Vereinigung oder Körperschaft aufgeführt ist.

Den in § 86a Absatz 1 StGB genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen „zum Verwechseln ähnlich sehen“ (§ 86a Absatz 2 Satz 2 StGB).¹³

2.2. Systematik

§ 86a StGB ist im **dritten Titel** des ersten Abschnitts des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs verortet. Die Delikte dieses Titels stellen Handlungen unter Strafe, die eine „**Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates**“ darstellen. § 86a StGB ist damit als **Staatsgefährdungsdelikt** Teil des so genannten „**Staatsschutzstrafrechts**“.¹⁴

Als **Schutzgüter** der Vorschrift werden der **politische Frieden**, die **freiheitliche demokratische Grundordnung**, der Gedanke der **Völkerverständigung** und das **Ansehen Deutschlands** im Ausland benannt.¹⁵ Das Verbot dient zum einen dazu zu verhindern, dass die verbotenen Organisationen oder die von ihnen verfolgten Bestrebungen wiederbelebt werden, zum anderen soll von

13 Geändert durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3186).

14 Steinsiek in Leipziger Kommentar (2021), § 86a Rdn. 2.

15 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 1; Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2019), § 86a Rdn. 1.

vornherein bereits der Eindruck verhindert werden, dass die verfassungsfeindlichen Bestrebungen aufgrund der Präsenz der entsprechenden Symbole geduldet würden.¹⁶

§ 86a StGB setzt weder eine tatsächliche Verletzung dieser Rechtsgüter noch deren konkrete Gefährdung voraus und ist damit strafrechtsdogmatisch ein so genanntes „**abstraktes Gefährdungsdelikt**“.¹⁷

2.3. Geschichte und einzelne Änderungen

Das Kennzeichenverbot ist erst auf Umwegen an seinen heutigen Standort im Strafgesetzbuch gelangt und hat dabei auch inhaltlich erst nach und nach die heutige Gestalt erlangt. Sein bundesrepublikanischer¹⁸ Ursprung lag im **Versammlungsrecht**: § 4 i. V. m. § 28 des Versammlungsgesetzes¹⁹ von **1953** stellte das Zeigen von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe.²⁰ **1960** fand dieses Verbot in Form eines neuen § 96a StGB Aufnahme in das Strafgesetzbuch im Bereich des strafrechtlichen Schutzes des Staates und seiner Symbole.²¹ **1968** wurde dieser § 96a a. F. StGB durch § 86a StGB ersetzt und damit das Kennzeichenverbot neu in den – noch heute fortbestehenden – Kontext von Parteien- und Vereinigungsverboten eingeordnet.²² Inhaltlich unterscheidet sich § 86a StGB von § 96a a. F. StGB insofern, als er die Strafbarkeit ausdrücklich auf den räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuchs beschränkte und den Tatbestand um das „Verbreiten“ verfassungsfeindlicher Kennzeichen erweiterte.²³ **1985** wurde § 86a StGB auf Vorbereitungshandlungen ausgedehnt, indem auch das Herstellen, Vorrätighalten und Einführen von entsprechenden Kennzeichen unter Strafe gestellt wurde.²⁴ **1994** folgte durch das **Verbrechensbekämpfungsgesetz** jene Erweiterung, wonach auch den Originalzeichen zum Verwecheln **ähnliche** Kennzeichen erfasst werden.²⁵ Zum **Januar 2021** wurde im

16 BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 1; Steinsiek in Leipziger Kommentar (2021), § 86a Rdn. 1.

17 Steinsiek in Leipziger Kommentar (2021), § 86a Rdn. 2. Zum abstrakten Gefährdungsdelikt vgl. Jescheck/Weigend (1996), S. 264.

18 In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass die ersten bundesrepublikanischen Regelungen historisch wiederum vor dem Hintergrund der Ablösung entsprechender besatzungsrechtlicher Regelungen der Alliierten stehen, vgl. von Dewitz (2006), S. 18 ff.

19 Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vom 24. Juli 1953, BGBl. I S. 684.

20 Von Dewitz (2006), S. 46 f.

21 6. Strafrechtsänderungsgesetz (StÄG) vom 4. August 1960, BGBl. I S. 478, vgl. von Dewitz (2006), S. 47.

22 8. StÄG vom 25. Juni 1968, BGBl. I S. 741, vgl. von Dewitz (2006), S. 89.

23 Von Dewitz (2006), S. 89.

24 21. StÄG vom 13. Juni 1985, BGBl. I S. 965, vgl. von Dewitz (2006), S. 108.

25 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994, BGBl. I S. 3186. Überblickartige Zusammenstellung der verschiedenen Fassungen des Kennzeichenverbots bei Reuter (2005), S. 273 ff.

Rahmen einer grundsätzlichen **Modernisierung des Schriftenbegriffs** im Strafrecht der zuvor in § 86a StGB verwendete Begriff „Schriften“ durch „Inhalte“ ersetzt.²⁶ Dem lag die Überlegung zugrunde, dass der Begriff „Schriften“ in den einschlägigen Tatbeständen der „Lebenswirklichkeit heutiger Tatbegehungsformen nicht mehr gerecht“ werde und die Verbreitung strafbarer Inhalte „nicht mehr vorrangig über papierene Trägermedien, sondern digital über moderne Informations- und Kommunikationstechnik, insbesondere über das Internet“ erfolge.²⁷ Im **September 2021** wurde § 86 StGB insofern erweitert, als von ihm nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen auch **terroristische Organisationen im Sinne des EU-Rechts** erfasst werden.²⁸ Diese Änderung wurde auch in § 86a StGB nachvollzogen und sein Anwendungsbereich über den Verweis auf § 86 Absatz 2 StGB fortan auch auf Kennzeichen jener terroristischen Organisationen erstreckt.

Im **Strafgesetzbuch der DDR**²⁹ (DDR-StGB) war die Verwendung von bestimmten extremistischen Kennzeichen ebenfalls unter Strafe gestellt: Nach § 220 Absatz 3 DDR-StGB sollte sich strafbar machen, wer „in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder **Symbole** dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt“.

3. Detailbetrachtung und Rechtsprechung

3.1. Erfasste Organisationen

§ 86a StGB inkriminiert bestimmte Zeichen nicht schon allein deshalb, weil mit ihnen allgemein antidemokratische bzw. verfassungsfeindliche Botschaften transportiert werden. Vielmehr wählt er als Ausgangspunkt, dass das jeweilige Kennzeichen für **eine bestimmte Organisation** steht, deren Tätigkeit und Zielsetzung rechtlich missbilligt wird.³⁰ Das Verbot einer Organisation erfasst

-
- 26 Sechzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Modernisierung des Schriftenbegriffs und anderer Begriffe sowie Erweiterung der Strafbarkeit nach den §§ 86, 86a, 111 und 130 des Strafgesetzbuches bei Handlungen im Ausland vom 30. November 2020 (BGBl. I S. 2600).
- 27 Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Modernisierung des Schriftenbegriffs und anderer Begriffe sowie Erweiterung der Strafbarkeit nach den §§ 86, 86a, 111 und 130 des Strafgesetzbuches bei Handlungen im Ausland, BT-Drs. 19/19859, S. 1.
- 28 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten, Strafbarkeit der Verbreitung und des Besitzes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Verbesserung der Bekämpfung verhetzender Inhalte sowie Bekämpfung von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen vom 14. September 2021 (BGBl. I S. 4250), in Kraft getreten am 22. September 2021.
- 29 Strafgesetzbuch der DDR vom 12. Januar 1968 in der Neufassung vom 19. Dezember 1974 (GBl. I 1975 Nr. 3 S. 14) sowie i.d.F. des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 7. April 1977 (GBl. I 1977 Nr. 10 S. 100), des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I 1979 Nr. 17 S. 139), des Gesetzes über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR – GGG – vom 25. März 1982 (GBl. I 1982 Nr. 13 S. 269) und des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen vom 29. November 1985 (GBl. I 1985 Nr. 31 S. 345).
- 30 Nicht ausreichend wären insofern insbesondere nationalsozialistisches Gedankengut evozierende Symbole ohne konkreten Bezug zu einer entsprechenden nationalsozialistischen Organisation, vgl. Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86 Rdn. 8.

deshalb nicht Kennzeichen vergleichbarer Organisationen.³¹ Die einzelnen Arten von betroffenen Organisationen führt § 86a Absatz 1 StGB durch Verweis auf § 86 StGB abschließend auf.

- 3.1.1. Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist (§ 86 Absatz 1 Nr. 1 StGB)

Hierfür gibt es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Beispiele, nämlich die 1952 verbotene **Sozialistische Reichspartei (SRP)**³² und die 1956 verbotene **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**³³. Das von Bundesregierung und Bundesrat 1993 initiierte Verbotungsverfahren gegen die **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)** scheiterte daran, dass das Bundesverfassungsgericht der FAP die Parteieigenschaft absprach – die FAP wurde sodann nach den vereinsrechtlichen Regelungen verboten.³⁴ Das 2001 auf Antrag der Bundesregierung eingeleitete **erste NPD-Verbotungsverfahren** scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 aufgrund der Rolle von V-Leuten der Sicherheitsbehörden in der Parteiorganisation.³⁵ Durch einen im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Antrag des Bundesrates wurde ein **zweites NPD-Verbotungsverfahren** eingeleitet, welches ebenfalls erfolglos blieb.³⁶

- 3.1.2. Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist (§ 86 Absatz 1 Nr. 2 StGB)

Der Begriff der Vereinigung in diesem Sinne entspricht sachlich dem eines Vereins nach § 2 VereinsG.³⁷ Das Verbot entsprechender Vereine obliegt nicht, wie im Fall von politischen Parteien, der Rechtsprechung, sondern der vollziehenden Gewalt, vgl. Artikel 9 Absatz 2 GG³⁸ i. V. m. §§ 3

31 Steinsiek in Leipziger Kommentar (2021), § 86a Rdn. 3 unter Verweis auf LG Cottbus, Beschluss vom 28. Februar 2002, Az. 26 Qs 464/01 (Hells Angels).

32 BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1952, Az. 1 BvB 1/51, Amtliche Sammlung (BVerfGE) 2, 1 = NJW 1952, S. 1407.

33 BVerfG, Urteil vom 17. August 1956, Az. 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 = NJW 1956, S. 1393.

34 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 1996, S. 54. Entsprechend wurde auch im Verbotungsverfahren zur „Nationalen Liste“ entschieden, vgl. BVerfG, Entscheidung vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 1/93E, BVerfGE 91, 262.

35 BVerfG, Beschluss vom 18. März 2003, Az. 2 BvB 1/01 u. a., BVerfGE 107, 339 = NJW 2003, S. 1577.

36 BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017, Az. 2 BvB 1/13. Grundsätzlich zu Parteiverboten in der Bundesrepublik Deutschland und den Implikationen der Europäischen Menschenrechtskonvention vgl. Rathke/Chionos (2013).

37 Reuter (2005), S. 106 Fußn. 632.

38 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 u. 2 Satz 2 des Gesetzes vom 29. September 2020 (BGBl. I S. 2048) geändert worden ist.

ff. VereinsG.³⁹ Beispiele für entsprechende bestandskräftig verbotene Vereine sind die **Deutsche Alternative**, die **FAP**, die **Nationalistische Front**, die **Nationale Sammlung**, die **Wiking-Jugend** und die **Blood-and-Honour-Division Deutschland**.⁴⁰

Ebenfalls verboten wurde auf dem Gebiet der alten deutschen Bundesländer in den 1950er Jahren die **Freie Deutsche Jugend (FDJ)**.⁴¹ Das Verbot beschränkte sich ausschließlich auf die FDJ-West und erfasste nicht die staatliche Jugendorganisation der einstigen DDR, die FDJ-Ost, da es sich um zwei unterschiedliche Organisationen handelte.⁴² Die FDJ-Ost wird auch nicht als Ersatzorganisation der FDJ-West von deren Verbot umfasst, weil sie diese mangels entsprechender organisatorischer Maßnahmen und Identitätswechsel nicht nach ihrem Verbot ersetzt habe.⁴³

Neben rechts- und linksextremen Gruppen stellen islamistische oder linksextreme **Ausländervereine** eine weitere Sparte von verbotenen Vereinigungen dar.⁴⁴ Ein Ausländerverein ist ein Verein, dessen Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind (§ 14 VereinsG). Sein mögliches Verbot ist in § 14 Absatz 2 VereinsG gesondert geregelt. Beispiele für entsprechende verbotene Ausländervereine sind das **Kurdistan-Komitee e.V.**, der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. („**Der Kalifatsstaat**“), der **Al-Aqsa e.V.**, **Hizb ut-Tahrir** und die **Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS)**.⁴⁵

Von den verbotenen Vereinigungen im Sinne des § 86 Absatz 1 Nr. 2 StGB zu unterscheiden sind **kriminelle oder terroristische Vereinigungen** nach den §§ 129, 129a, 129b StGB. Das Verwenden von Kennzeichen derartiger Vereinigungen unterfällt deshalb nicht § 86a StGB, kann jedoch nach den §§ 129 ff. StGB strafbar sein, wenn hierin ein **Werben** um Mitglieder oder Unterstützer zu

39 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = NVwZ 1996, S. 54.

40 Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenministerium (BMI), Peter Altmaier, MdB, BT-Drs. 16/12642, S. 12 ff. sowie Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (2015), S. 28 f. Eine Übersicht auch über in einzelnen Bundesländern verbotene rechtsextreme Vereinigungen bietet Wikipedia unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_in_Deutschland_verbotener_rechtsextremer_Organisationen.

41 BVerwG, Urteil vom 16. Juli 1954, Az. I A 23/53, BVerwGE 1, 184. Nach der damaligen Rechtslage war für das Verbot das Bundesverwaltungsgericht zuständig.

42 BVerwG, Az. I A 23/53 (siehe vorstehende Fußn.); vgl. auch Reuter (2005), S. 116.

43 Reuter (wie Fußn. 42).

44 Vgl. Bundesregierung in BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff. und Bundesamt für Verfassungsschutz, Verbotene Organisationen aus dem Phänomenbereich des Islamismus und islamistischen Terrorismus, die zwischen 2001 und 2020 nach § 3 Vereinsgesetz (VereinsG) durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat (BMI) verboten worden sind (abrufbar unter https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/verbotene-organisationen/verbotene-organisationen_node.html) sowie Bundesamt für Verfassungsschutz, Übersicht über aus dem Phänomenbereich des Ausländerextremismus (ohne Islamismus) verbotene Organisationen (abrufbar unter https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslaenderextremismus-ohne-islamismus/verbotene-organisationen/verbotene-organisationen_artikel.html).

45 Bundesregierung, BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff. sowie Information „Vereinsverbote“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat unter <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/vereinsverbote/vereinsverbote-node.html>.

sehen ist (§ 129 Absatz 1 Satz 2 StGB). Erforderlich ist dafür jedoch zum einen, dass die betreffende Vereinigung noch existiert, und zum anderen, dass die Werbung auf die Aufrechterhaltung oder Stärkung durch Beitritt von Mitgliedern oder Unterstützungshandlungen Dritter gerichtet ist und es sich nicht um bloße „**Sympathiewerbung**“ handelt.⁴⁶ Aus diesen Gründen haben die Gerichte sowohl das Tragen eines T-Shirts mit dem Symbol der **Rote Armee Fraktion (RAF)**⁴⁷ mit dem Ziel der Provokation⁴⁸ als auch das Sprühen der Parole „BRD verrecke – hoch lebe die RAF“ nicht als Fälle des Werbens für eine terroristische Vereinigung bzw. deren Unterstützung angesehen.⁴⁹

3.1.3. Ehemalige nationalsozialistische Organisation (§ 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB)

Organisationen in diesem Sinne sind vor allem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (**NSDAP**), ihre Untergliederungen und die ihr angeschlossenen Verbände.⁵⁰ Verwiesen wird diesbezüglich in der Literatur auf das Kontrollrats-Gesetz Nr. 2⁵¹, das in seinem Artikel 1 die NSDAP, „ihre Gliederungen, die ihr angeschlossenen Verbindungen und die von ihr abhängigen Organisationen“ für abgeschafft und ungesetzlich erklärt sowie in einem Anhang ausdrücklich aufgelöste „Nazi-Organisationen“ im Einzelnen aufgeführt hatte – darunter etwa die Sturmabteilung (**SA**), die Schutzstaffel (**SS**), die Hitlerjugend (**HJ**) und den Bund Deutscher Mädel (**BDM**).⁵² Die Wehrmacht fällt nicht unter § 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB.⁵³

46 Fischer (2021), § 129 Rdn. 43 ff.

47 Abrufbar unter <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/4d/RAF-Logo.svg/474px-RAF-Logo.svg.png>.

48 BayObLG, Beschluss vom 20. März 1995, Az. 3 St 13/94 = NStZ-RR 1996, S. 7.

49 BayObLG, Beschluss vom 27. November 1997, Az. 3 St 3-97 = NJW 1998, S. 2542.

50 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86 Rdn. 8; Fischer (2021), § 86 Rdn. 9.

51 Alliiertes Kontrollrat, Gesetz Nr. 2 – Auflösung und Liquidierung der Nazi-Organisationen, 10. Oktober 1945, abgedruckt in Hemken (1946).

52 Fischer (2021), § 86, Rdn. 9; Anstötz in Münchener Kommentar (2021), § 86 Rdn. 24.

53 BGH, Urteil vom 23. Juli 1969, Az. 3 StR 326/68, BGHSt 23, 65.

3.1.4. Terroristische Organisationen im Sinne des EU-Rechts (§ 86 Absatz 2 StGB)

Erfasst sind dem Gesetzeswortlaut nach Organisationen, die im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2021/138 des Rates vom 5. Februar 2021⁵⁴ zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001⁵⁵ über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur **Bekämpfung des Terrorismus** und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1128 als juristische Person, Vereinigung oder Körperschaft aufgeführt sind.⁵⁶ Beispiele für entsprechende Organisationen sind etwa die **Abu Nidal Organisation** (alias Fatah-Revolutionsrat), der **Al-Aqsa e.V.**, die **Hamis**, der **Hizballah Military Wing**, die **Hisbollah-Mudschaheddin**, **Sendero Luminoso** („Leuchtender Pfad“) und **Teyrêbazên Azadiya Kurdistan** (Freiheitsfalken Kurdistans).⁵⁷

3.2. Kennzeichenbegriff

Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sind **sichtbare oder hörbare Symbole**, deren sich die erfassten Organisationen bedienen oder bedient haben, um propagandistisch auf ihre politischen Ziele hinzuweisen.⁵⁸ Gemäß § 86a Absatz 2 Satz 1 StGB sind dies „namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen.“

3.2.1. Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke

Aus dem rechtsextremen Spektrum mit seiner zentralen Betonung von Symbolen unterfallen zahlreiche Kennzeichen dem Kennzeichenverbot. Dies gilt namentlich für viele allgemein be-

54 Amtsblatt der EU L 43 vom 8. Februar 2021, S. 1, abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32021R0138&from=DE>.

55 Amtsblatt der EU Nr. L 344 vom 28. Dezember 2001, S. 70, abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32001R2580> (konsolidierte Fassung abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A02001R2580-20190709>).

56 Diese Durchführungsverordnung trat zwar zum 21. Juli 2021, also noch vor Inkrafttreten der Neuregelung in § 86 Absatz 2 StGB außer Kraft und wurde durch die Durchführungsverordnung (EU) 2021/1188 des Rates vom 19. Juli 2021 ersetzt. Der Verweis in § 86 Absatz 2 StGB ist indes als starre konstitutive Außenverweisung ausgestaltet, so dass nicht, wie bei einer dynamischen Verweisung, die jeweils aktuell geltende Fassung eines Rechtstextes Gegenstand der Verweisung wird, vgl. Handbuch der Rechtsförmlichkeit (2008), Rdn. 219, 231, 235, 239 f. Mit einer starren Verweisung kann insbesondere auch auf Rechtsvorschriften Bezug genommen werden, die außer Kraft getreten sind, da „der Normgeber ebenso gut den Text der betreffenden Bezugsnorm in die Ausgangsnorm hineinschreiben könnte. Für die Verweisung reicht es aus, dass der Bezugstext durch Publikation gesichert ist und jeder die Möglichkeit hat, sich von ihm Kenntnis zu verschaffen“ (Handbuch der Rechtsförmlichkeit (2008), Rdn. 249). Der Gesetzgeber hatte im Gesetzgebungsverfahren, in dem die vorliegende Verweisung durch Teile der Opposition kritisiert worden war (vgl. BT-Drs. 19/31115, S. 7 f.), als Vorteil der starren Verweisung betont, dass „durch den konkret bezeichneten Rechtsakt der Europäischen Union ... eine gleichwertige Rechtssicherheit und Transparenz zu den erfassten Organisationen wie im Falle eines nationalen Verbots nach dem Vereinsgesetz“ bestehe (BT-Drs. 19/31115, S. 10).

57 Vgl. Durchführungsverordnung (EU) 2021/138 des Rates vom 5. Februar 2021 (oben Fußn. 54), Anhang, Ziff. II.

58 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 3.

kannte Kennzeichen von NS-Organisationen, also etwa das **Hakenkreuz** als Kennzeichen vor allem der NSDAP, das „**Zivilabzeichen**“ der SA⁵⁹, die zweifache **Siegrune der SS** sowie die einfache Siegrune des deutschen Jungvolkes.⁶⁰ Ebenfalls erfasst ist das **Totenkopf-Symbol** in der von der SS verwendeten Gestaltung.⁶¹ Auch das **Truppenabzeichen der 2. SS-Panzerdivision** „Das Reich“ – ein schwarz gefasstes, weiß umrandetes gespiegeltes Z mit waagrechttem Mittelbalken, das um 90° nach rechts gedreht wurde⁶² – unterfällt als Kennzeichen einer Teil- oder Unterorganisation der SS § 86a StGB.⁶³ Hinsichtlich der so genannten **Odalrune**⁶⁴, die unter anderem als Symbol der HJ, als Abzeichen des Rasse- und Siedlungsamts sowie als Emblem der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“ verwendet wurde, kommt es der Rechtsprechung zufolge hingegen auf den Verwendungskontext an, da sie kein Symbol nationalsozialistischer Organisationen schlechthin sei, sondern auch in anderen Kontexten gebraucht werde – etwa in Stadtwappen, auf Bundeswehruniformen und „von Anhängern der Wikingerkultur sowie auf Schmuck und Kunstgewerbegegenständen“^{65, 66} Uneinheitlich wurde in der Rechtsprechung beurteilt, ob das Verwenden von so genannten **Gaudreiecken / Armdreiecken** dem Kennzeichenverbot unterfällt. Bei den sich in der rechtsextremen Szene offenbar einiger Beliebtheit erfreuenden Gaudreiecken handelt es sich um dreieckige schwarze, silbern umrandete Armaufnäher, auf denen in Frakturschrift der Name einer Region angegeben ist.⁶⁷ Historisches Vorbild sind entsprechende Aufnäher, die bei der HJ und dem BDM üblich waren.⁶⁸ Überwiegend wird zwar zumindest eine für § 86a StGB hinreichende Ähnlichkeit mit dem historischen Kennzeichen bejaht, jedoch we-

59 Abrufbar unter <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/dc/SA-Logo.svg>.

60 Reuter (2005), S. 159 ff., Beispiel abrufbar bei https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/38/Flagge_Deutsches_Jungvolk.svg.

61 Reuter (2005), S. 165, Beispiel abrufbar bei http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/97/SS_Totenkopf_Fahne.svg.

62 Abrufbar unter https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/70/SS-Panzer-Division_symbol.svg.

63 OLG Rostock, Urteil vom 9. September 2011, Az. 1 Ss 31-11 I 47/11, NStZ 2012, S. 572.

64 Abbildungen abrufbar unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Othala>. Die Odalrune wurde unter anderem als Symbol der HJ, als Abzeichen des Rasse- und Siedlungsamts sowie als Emblem der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“ verwendet, vgl. BVerwG, Urteil vom 17. November 2017, Az. 2 C 25/17.

65 BVerwG, Urteil vom 17. November 2017, Az. 2 C 25/17; VG Berlin, Urteil vom 9. April 2013, Az. 80 K 22.12 OL.

66 KG, Beschluss vom 18. Mai 2016, Az. (4) 161 Ss 54/16 (75/16); VG Berlin, Urteil vom 9. April 2013, Az. 80 K 22.12 OL. Kritisch Stegbauer (2019), S. 73 und Fischer (2021), § 86a Rdn. 5a.

67 Beispiel unter <https://dasversteckspiel.de/die-symbolwelt/nationalsozialismus/gauwinkel-gaudreieck-45.html>.

68 Wie etwa bei diesem historischen Original einer BDM-Bundestracht erkennbar: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/mi000988>.

gen mangelnder Bekanntheit dieses Bezuges in der Bevölkerung gleichwohl eine Strafbarkeit verneint.⁶⁹ Als Uniformen erfasst sind das **Braunhemd**, die braune **NSDAP-Parteiuniform** sowie verschiedene **Uniformteile von SS, Waffen-SS und SA**, soweit sie als solche erkannt werden.⁷⁰

Verschiedentlich stellt sich auch bei in der rechten Szene gebräuchlichen **Modeartikeln** bestimmter Hersteller die Frage, ob deren Schriftzug bzw. Markenzeichen unter § 86a StGB fällt. Von den Gerichten einst kontrovers entschieden, heute aber wohl verneint wird dies für das aus einer Kombination von Runen bestehende Markenzeichen von **Thor Steinar**.⁷¹ Bei der Marke **Lonsdale**, die wegen der in ihr beinhalteten Abkürzung NSDA kritisiert wurde, wird ein Verstoß gegen § 86a StGB überwiegend ebenfalls verneint, zumal es sich um eine seit langem ohne rechtsextremen Hintergrund eingeführte Modemarke handele.⁷² Bei der Marke **Consdaple** ist dem gegenüber ein Verstoß aufgrund der enthaltenen Buchstaben NSDAP umstritten und wird von Teilen der Rechtsprechung bejaht.⁷³

Von § 86a StGB unmittelbar erfasst ist gleichfalls das Kennzeichen der verbotenen **Blood & Honour Division Deutschland**, bei dem der Name der Vereinigung in Frakturschrift dargestellt wird und das &-Zeichen durch eine eckige **Triskele** ersetzt ist – einem „dem germanischen Kulturkreis entstammenden, an ein Hakenkreuz erinnernden und auch von anderen rechtsextremen Organisationen, wie etwa dem rassistischen amerikanischen Ku-Klux-Klan oder der das Apartheid-System verteidigenden südafrikanischen ‚Afrikaaner-Weerstandsbeweging‘, verwendeten“⁷⁴ Zeichen.⁷⁵

Aus dem linken Spektrum sind infolge ihres Parteiverbots die Symbole der **KPD** von § 86a StGB erfasst; allerdings sind „Hammer und Sichel“ typische und weltweit stark verbreitete Symbole kommunistischer Parteien und infolgedessen nur erfasst, soweit sie gerade als Kennzeichen der

69 Vgl. Reuter (2005), S. 167 ff.

70 Reuter (2005), S. 169. Nicht erfasst sind Wehrmachtuniformen, da die Wehrmacht keine verbotene Organisation ist, vgl. auch hierzu Reuter (2005), S. 169. Zur Debatte um eine Erweiterung des strafrechtlichen Kennzeichenverbots auf NVA-Uniformen vgl. Trips-Hebert (2013).

71 Ursprüngliches – und derzeit wohl wieder gebräuchliches – Logo abgebildet etwa bei https://www.endstation-rechts.de/fileadmin/news_import/I_thorsteinar-alt.jpg. Eine Strafbarkeit nach § 86a StGB verneinend etwa OLG Dresden, Urteil vom 12. Februar 2008, Az. 3 Ss 375/06; OLG Brandenburg, Urteil vom 12. September 2005, Az. 1 Ss 58/05. Bejahend etwa LG Neuruppin, Beschluss vom 17. November 2004, Az. 12 Qs 34/04.

72 VG Berlin, Beschluss vom 26. April 2001, Az. 3 A 443/01, NVwZ-Rechtsprechungsreport (NVwZ-RR) 2002, S. 33, 35; Reuter (2005), S. 174; Stegbauer (2000), S. 102.

73 Bejahend: AG Neuruppin, Urteil vom 3. Juni 2002, Az. 81 Ds 372 Js 21202/01; Stegbauer (2002), S. 186. Verneinend: OLG Hamm, Urteil vom 8. Oktober 2003, Az. 2 Ss 407/03, Neue Zeitschrift für Strafrecht-Rechtsprechungsreport (NStZ-RR) 2004, S. 12; Reuter (2005), S. 174.

74 OLG Jena, Urteil vom 17. Februar 2015, Az. 1 OLG 181 Ss 107/14 (296).

75 Abgebildet in Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (2015), S. 19.

verbotenen KPD gebraucht werden.⁷⁶ Schwieriger gestaltet sich die Beantwortung der Frage, wie das **FDJ-Abzeichen**⁷⁷ und damit verbunden das blaue **FDJ-Hemd** zu beurteilen sind – da die FDJ in der „alten“ Bundesrepublik verboten war, in den neuen Bundesländern jedoch nicht.⁷⁸ Nach wohl überwiegender Auffassung ist die heutige Verwendung von FDJ-Abzeichen und -Hemd nach § 86a StGB strafbar.⁷⁹ Kritisch wird jedoch angemerkt, der Straftatbestand werde in dieser Konstellation gleichwohl in der Praxis nicht angewendet, ohne dass es hierfür eine überzeugende dogmatische Rechtfertigung gebe.⁸⁰ Allerdings gibt es offenbar durchaus auch Fälle, in denen die Rechtsprechung unter Verweis darauf, dass nach § 86a Absatz 2 Satz 2 StGB nicht nur die Originalsymbole der verbotenen Organisation selbst, sondern auch diesen zum Verwechseln ähnliche Kennzeichen erfasst seien, das FDJ-Abzeichen unter § 86a StGB subsummiert hat.⁸¹

Aufgrund des Verbots der **PKK** unterfällt ihr Symbol – ein gelber fünfzackiger Stern auf rotem Grund im gelben Kreis mit gelber Flamme in der Mitte⁸² – ebenfalls § 86a StGB.⁸³ Gleiches gilt für den roten fünfzackigen Stern auf gelbem Grund im grünen Kreis, das Symbol der **Nationalen Befreiungsfront Kurdistans**, einer Tochterorganisation der PKK.⁸⁴ Als Kennzeichen der Vereinigung **Kalifatsstaat** (Hilafet Devleti) ist deren weiß gestalteter arabischer Schriftzug auf grünem Grund

76 Nachweis bei Reuter (2005), S. 183 Fußn. 1192. In verschiedenen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Warschauer Pakts ist die öffentliche Verwendung bzw. das Verbreiten des sowjetischen „Hammer und Sichel“-Symbols und des sowjetischen fünfzackigen roten Sterns hingegen unter bestimmten Voraussetzungen – mitunter als Ordnungswidrigkeit – inkriminiert (vgl. etwa § 335 des ungarischen Strafgesetzbuchs, englische Fassung abrufbar unter https://www.legislationline.org/download/id/5619/file/Hungary_Criminal_Code_of_2012_en.pdf, sowie Artikel 542 des litauischen Ordnungswidrigkeitengesetzes, abrufbar unter <https://www.e-tar.lt/portal/de/legalAct/4ebe66c0262311e5bf92d6af3f6a2e8b/asr>).

77 Abrufbar unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/ad/Freie_Deutsche_Jugend.svg.

78 S. o. Gliederungspunkt 3.1.2.

79 Fischer (2021), § 86a Rdn. 7. Weitere Nachweise und Kritik bei Reuter (2005), S. 183 Fußn. 1187: In den FDJ-Symbolen werde heute allein die FDJ-Ost erkannt, die nicht verboten worden sei. Zur Debatte um eine Erweiterung des strafrechtlichen Kennzeichenverbots auf DDR-Symbole vgl. Trips-Hebert (2013).

80 Stegbauer (2017), S. 266; Fischer (2021), § 86a Rdn. 7: „Das (das Unterfallen des FDJ-Hemds unter § 86a StGB, Anm. d. Verf.) wird nicht dadurch in Frage gestellt, dass eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung in Erinnerung an frohe Jugendtage diesem Verbot kein Verständnis entgegenzubringen gewillt ist. Vielmehr wird in der Praxis der Straftatbestand *einfach nicht angewendet* – nicht aufgrund dogmatischer Argumente, sondern offenbar weil sich die deutsche Justiz *nicht traut* (...)“

81 LG München I, Beschluss vom 14. April 2015, Az. 2 Qs 14/15 (nicht veröffentlicht), zitiert nach Stegbauer (2017), S. 266. Allerdings handelt es sich hierbei offenbar um keine strafgerichtliche Verurteilung, sondern um einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss. Auch seitens der Sicherheitsbehörden wird bisweilen gegen das Zeigen von FDJ-Symbolen eingeschritten, vgl. etwa „Pfefferspray und Festnahmen bei Demo zum Gedenken an Luxemburg und Liebknecht“, Berliner Zeitung vom 10. Januar 2021 (abrufbar unter <https://www.berliner-zeitung.de/news/linke-demonstranten-gedenken-luxemburg-und-liebknecht-li.131343>).

82 Abrufbar unter <https://de-academic.com/pictures/dewiki/80/PKK2.svg>.

83 Reuter (2005), S. 184.

84 Reuter (wie Fußn. 83).

mit den lateinischen Buchstaben „Hilafet Devleti“ und/oder diesem Namen in arabischer Schrift verboten.⁸⁵

3.2.2. Parolen und Grußformen

Die Rechtsprechung hat den Kennzeichencharakter bejaht für den **Hitlergruß**, also den Ausruf „**Heil Hitler**“ oder „**Sieg Heil**“ allein oder verbunden mit dem „**deutschen Gruß**“, also dem auf Augenhöhe erhobenen gestreckten rechten Arm.⁸⁶ Anknüpfend hieran wird auch das Verwenden der Schlussformel „mit deutschem Gruß“ im Schriftverkehr bei entsprechender Aufmachung als Kennzeichenverwendung gewertet.⁸⁷ Der so genannte „**Kühnengruß**“, bei dem am erhobenen rechten Arm statt der flachen Hand lediglich Daumen, Zeige- und Mittelfinger vorgestreckt werden, ist wegen des Bezugs zu der verbotenen Organisation „**Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale AktivistInnen**“ ebenfalls von § 86a StGB erfasst.⁸⁸

Strafbar ist auch das Verwenden der Sentenz „**Alles für Deutschland**“ im Rahmen einer Rede auf einer Versammlung, da es sich hierbei um die Losung der SA handelte.⁸⁹ Dasselbe gilt auch für die ebenfalls von der SA gebrauchte Wortkombination „**Deutschland erwache**“.⁹⁰ Weiterhin erfasst ist der Wahlspruch der SS „**Meine Ehre heißt Treue**“ – und zwar auch in der leicht abgewandelten Form „Unsere Ehre heißt Treue“⁹¹ – sowie die Parole „**Blut und Ehre**“ der HJ⁹². Streitig war, inwieweit die Fantasie-Parole „**Ruhm und Ehre der Waffen-SS**“, die von der Waffen-SS nie benutzt wurde, § 86a StGB unterfällt. Während sie in der Literatur überwiegend nicht als Kennzeichen gesehen wurde, hat die Rechtsprechung die Kennzeicheneigenschaft entweder aufgrund der Ähnlichkeit mit der Parole „Blut und Ehre“ der HJ⁹³, mit der o. g. Parole der SS oder deshalb, weil die Parole den „Anschein eines Kennzeichens der Waffen-SS“ erwecke.⁹⁴ Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof haben entsprechende Urteile jedoch aufgehoben

85 Reuter (wie Fußn. 83).

86 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106; Kammergericht (KG), Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; OLG Celle, NJW 1970, S. 2557. Dies gilt einer Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg zufolge aufgrund von § 86a Absatz 2 Satz 2 StGB sogar dann, wenn – durch einen im Probebeamtenverhältnis stehenden Polizeibeamten bei einer Feier – „Siggel Heil“ gerufen wird (Beschluss vom 14. Juni 2013, Az. OVG 6 S 1.13).

87 BGH, Urteil vom 8. September 1976, Az. 3 StR 280/76 (S), BGHSt 27, 1 = NJW 1976, S. 2271.

88 Reuter (2005), S. 181.

89 OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NStZ 2007, S. 45.

90 OLG Jena, Urteil vom 6. Juni 2019, Az. 1 OLG 191 Ss 39/19, BeckRS 2019, 11067.

91 OLG Hamm, Urteil vom 17. April 2002, Az. 2 Ss 160/02, NStZ-RR 2002, S. 231.

92 Stegbauer (2017), S. 268 mit Hinweis auf LG Landshut, Urteil vom 20. Juli 2015, Az. 2 Ns 301 Js 22941/14 (nicht veröffentlicht).

93 So OLG Karlsruhe, Beschluss vom 15. November 2002, Az. 1 Ws 179/02, NJW 2003, S. 1200.

94 So AG Leipzig, Urteil vom 30. Juli 2002, Az. 71 Ds 302 Js 59986/01.

und betont, die Ähnlichkeit müsse mit einem **tatsächlich existenten** Kennzeichen bestehen.⁹⁵ Damit sind Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof auch nicht einer bisweilen in der Literatur vertretenen Auffassung gefolgt, wonach bereits das bloße Verwenden des **Namens** einer verbotenen Organisation eine Kennzeichenverwendung sei, wie etwa des Wortes „Waffen-SS“ in der vorgenannten Fantasie-Parole.⁹⁶ Auch in einer neueren Entscheidung verfolgt der Bundesgerichtshof diese Rechtsprechungslinie weiter, indem er betont, allein der Gebrauch des Namens als solchem reiche nicht aus, sondern es müsse eine „**symbolhafte Verwendung**“ vorliegen.⁹⁷ In dem betreffenden Urteil hat der Bundesgerichtshof die grundsätzliche Feststellung getroffen, dass von § 86a StGB deshalb auch **fremdsprachige Übersetzungen** von Original-Sentenzen **nicht erfasst** sind, wie etwa „**Blood and Honour**“ als englischer Version des HJ-Spruchs.⁹⁸ Gleiches gilt auch für in der rechtsextremen Szene gebräuchliche **Zahlenkürzel**, mittels welcher bestimmte Worte ersetzt werden sollen – etwa „**18**“ für **Adolf Hitler** (1. und 8. Buchstabe des Alphabets), „**88**“ für „**Heil Hitler**“ (selbes Prinzip) oder „**14 Words**“ für den dem US-amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane zugeschriebenen Satz „We must secure the existence of our people and a future for White children.“⁹⁹

3.2.3. Lieder

Auch Lieder können Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sein. So ist etwa das **Horst-Wessel-Lied**, das als „Parteihymne der NSDAP“¹⁰⁰ verwendet wurde, Kennzeichen, und zwar nicht nur in seiner Gesamtheit, sondern auch **isoliert Melodie oder Text**.¹⁰¹ Verbotene Kennzeichenverwendung ist aufgrund dessen auch das Tragen eines T-Shirts mit dem leicht abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied „**die Fahnen hoch**“.¹⁰² Nicht erforderlich ist einer Gerichtsentscheidung zufolge, dass das betreffende Lied einen gewissen Bekanntheitsgrad hat, weshalb auch das Lied „**Ein junges Volk steht auf**“, das eigens für die HJ geschrieben worden, in deren Liedbüchern an erster Stelle abgedruckt gewesen und auf zentralen Parteiveranstaltungen gesungen worden sei, ein verbotenes Kennzeichen darstelle.¹⁰³

95 BVerfG, Beschluss vom 1. Juni 2006, NJW 2006, S. 3050; BGH, Urteil vom 28. Juli 2005, Az. 3 StR 60/05, NJW 2005, S. 3223. Kritisch insofern Horsch (2008): „Lässt man Fantasiekennzeichen nicht genügen, würde der Wortlaut der Norm hinter dem Schutzzweck zurückbleiben...“ (S. 102).

96 So namentlich Reuter (2005), S. 173, 140. Hiergegen ausdrücklich Fischer (2021), § 86a Rdn. 3a.

97 BGH, Urteil vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (oben Fußn. 2).

98 BGH (oben Fußn. 97); ebenso bereits Reuter (2005), S. 172.

99 Reuter (2005), S. 171.

100 <http://de.wikipedia.org/wiki/Horst-Wessel-Lied>.

101 OLG Oldenburg, Urteil vom 5. Oktober 1987, Az. Ss 481/87, NJW 1988, 351.

102 BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08.

103 OVG Lüneburg, Beschluss vom 26. April 2012, Az. 11 ME 113/12 unter Bezugnahme auf BGH, Beschluss vom 31. Juli 2002, Az. 3 StR 495/01, BGHSt 47, 354.

3.2.4. Bilder

Das „**Kopfbild**“ **Adolf Hitlers** wird von der Rechtsprechung ebenfalls als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB betrachtet, weil entsprechende Bilder während des Nationalsozialismus massenhaft gerade als Symbol der NSDAP und des NS-Staats verwendet worden seien.¹⁰⁴ Darin unterschieden sich Bilder Hitlers auch von solchen anderer bekannter Nationalsozialisten wie etwa **Rudolf Heß** oder **Joseph Goebbels**, weshalb jene insofern nicht als Kennzeichen nach § 86a StGB gelten.¹⁰⁵ Jedoch unterfällt ein „**Brustbild**“ **Heinrich Himmlers** in der **Uniform des Reichsführers SS** § 86a StGB insofern, als er bei einer solchen Darstellung ein Symbol der SS und damit einer verbotenen nationalsozialistischen Organisation sei.¹⁰⁶ Das Kopfbild des PKK-Führers **Abdullah Öcalan**, das häufig auf Plakaten und Demonstrationen benutzt wird, wird nicht als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB betrachtet.¹⁰⁷

3.3. Tathandlung

Von § 86a StGB unter Strafe gestellt sind das „Verbreiten“ und das „Verwenden“ der o. g. Kennzeichen. **Verbreiten** ist die mit körperlicher Weitergabe eines Inhalts verbundene Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, den Inhalt einem größeren, für den Täter nicht mehr kontrollierbaren Personenkreis bekannt zu machen.¹⁰⁸ **Verwenden** in diesem Sinne ist der Rechtsprechung zufolge **unabhängig von der Absicht oder Gesinnung der handelnden Person** jeder Gebrauch, der das Kennzeichen – gegebenenfalls auch bloß teilweise¹⁰⁹ – optisch oder akustisch wahrnehmbar macht.¹¹⁰ Erfasst ist danach grundsätzlich auch eine nur einmalige, scherzhafte oder „kritische“ Verwendung des Kennzeichens, wie etwa das ironisch gemeinte Zeigen des Hitler-Grußes gegenüber der

104 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 396 = NJW 1979, 1555 (Modellflugzeuge); BGH, Urteil vom 9. August 1965, Az. 1 StE 1/65, Monatszeitschrift Deutsches Recht (MDR) 1965, S. 923; OLG Frankfurt, Urteil vom 18. März 1998, Az. 1 Ss 407/97, NStZ 1999, S. 356; OLG Schleswig, Urteil vom 14. Dezember 1977, Az. 1 Ss 706/77, MDR 1978, S. 333; Reuter (2005), S. 165.

105 OLG Rostock, Beschluss vom 12. Dezember 2001, Az. I Ws 146/01, NStZ 2002, S. 320; Reuter (2005), S. 166 f. m. w. N. Kritisch Bartels (2002), die insofern eine Reform des § 86a StGB fordert.

106 OLG München, Urteil vom 7. Mai 2015, Az. 5 OLG 13 Ss 137/15, BeckRS 2015, 100004. Das Gericht ließ deshalb als nicht entscheidungserheblich ausdrücklich offen, „ob Himmler ... ähnlich wie Hitler und anders als Heß bereits als Symbolfigur für die NSDAP und die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt gelten“ müsse.

107 Reuter (2005), S. 184.

108 Fischer (2021) § 86a Rdn. 15a.

109 Vgl. OLG Dresden, Urteil vom 23. April 2010, Az. 2 Ss 699/09 (Internet-Vertrieb eines T-Shirts mit dem Aufdruck eines Symbols, das mit dem oberen Drittel der Hakenkreuzfahne übereinstimmt). Hierzu auch Stegbauer (2012), S. 79 f.

110 BGH, Urteil vom 29. Mai 1970, BGHSt 23, 267; OLG Hamm, Beschluss vom 17. März 1982, Az. 6 Ss 242/82, NJW 1982, S. 1657; KG, Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; Lüttger (1960), S. 137; Fischer (2021) § 86a Rdn. 14 f. Nach abweichender Auffassung von Teilen des Schrifttums sind zusätzlich Umstände erforderlich, die als Bekenntnis zu den Zielen der verbotenen Organisation aufgefasst werden können, vgl. Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2019), § 86a Rdn. 6; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 6.

Polizei.¹¹¹ Auch das Verwenden von Hitler-Portraits zusammen mit Darstellungen des Obersalzbergs auf **touristischen Postkarten** ist verboten.¹¹² Gleiches dürfte für eine bloß provokative oder gedankenlose Verwendung von Kennzeichen gelten.

Trotz der grundsätzlichen Unerheblichkeit der Motivation der handelnden Person liegt ein Verwenden allerdings ausnahmsweise dann nicht vor, wenn die Handlung **dem Schutzzweck** von § 86a StGB „**ersichtlich nicht zuwider**“ läuft.¹¹³ Dies ist namentlich der Fall, wenn die Verwendung des Kennzeichens in **offenkundiger und eindeutiger Weise** die **Gegnerschaft zu der betroffenen Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie** zum Ausdruck bringt; eine solche Darstellung werde daher bereits vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst.¹¹⁴ Nicht erfasst ist dem Bundesgerichtshof zufolge deshalb etwa ein **durchgestrichenes Hakenkreuz**, wie es als Ausdruck der Gegnerschaft zu rechtsradikalen Inhalten weit verbreitet ist.¹¹⁵ Diese Frage war zuvor von verschiedenen Gerichten unterschiedlich beurteilt worden. Der Bundesgerichtshof führt zur Begründung der Straflosigkeit aus, dass der Tatbestand des § 86a StGB, der seinem Wortlaut nach auch eine solche Verwendung von Symbolen erfasse, **zu weit gefasst** sei und durch die Rechtsprechung **einschränkend ausgelegt** werden müsse, wenn der Schutzzweck der Norm erkennbar nicht tangiert sei.¹¹⁶ Auch die bei einer anti-israelischen Demonstration erfolgte Abbildung eines gestalterisch mit einem Davidstern gleichgesetzten Hakenkreuzes, kombiniert mit roter, nach unten verlaufender und offenbar Blutvergießen symbolisierender Farbe wurde aus diesem Grund für nicht tatbestandsmäßig erklärt.¹¹⁷ Dasselbe gilt für eine Darstellung der Symbole der SA und der Antifa, verbunden mit einem Gleichheitszeichen, unter der Überschrift: „Die Nazis sind schon wieder da; sie nennen sich jetzt Antifa“, da die hierin **zum Ausdruck kommende Geringschätzung** der Antifa notwendigerweise auch eine solche der SA als Bezugsobjekt des Vergleichs

111 BVerfG, Beschluss vom 23. März 2006, NJW 2006, S. 3052; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 6. In dem vom BVerfG entschiedenen Fall hatte ein von der Polizei wegen Alkoholkonsums des Platzes Verwiesener gegenüber den Polizisten den Hitlergruß gezeigt und geäußert: „Jawohl, zu Befehl, Heil Hitler“. Ausweislich von Medienberichten wurde auch im Falle des Schauspielers Ben Becker ein Strafbefehl wegen Zeigens des Hitlergrußes erlassen und von Becker akzeptiert, vgl. <http://www.bild.de/BILD/berlin/leute/2009/02/23/city-talk-ben-becker/strafe-fuer-hitlergruss.html>. Andere Tendenz zum als Kritik gemeinten Zeigen des Hitlergrußes seitens eines linksgerichteten Demonstranten gegenüber der Polizei jedoch bei BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106. Vom AG Kassel freigesprochen wurde auch der Künstler Johnathan Meese, der ebenfalls bei verschiedenen Anlässen öffentlich den Hitlergruß gezeigt hatte (Urteil vom 29. August 2013, Az. 240 Cs - 1614 Js 30173/12).

112 OLG München, Beschluss vom 7. August 2006, Az. 4 St RR 142/06, NStZ 2007, 97.

113 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 32 = NJW 1973, S. 106; BGH, Urteil vom 14. Februar 1973, Az. 3 StR 1/72 I, BGHSt 25, 133; BGH, Beschluss vom 1. Oktober 2008, Az. 3 StR 164/08, BGHSt 52, 364; BayObLG, Urteil vom 26. Februar 1988, Az. 2 St 244/87, NJW 1988, S. 2901; OLG Köln, Urteil vom 9. Mai 1984, Az. 3 Ss 886-887/83 (69/84), NStZ 1984, S. 508; OLG Oldenburg, Beschluss vom 28. November 1985, Az. Ss 575/85, NStZ 1986, S. 166.

114 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, BGHSt 51, 244.

115 BGH (oben Fußn. 114); vgl. hierzu auch Stegbauer (2008), S. 75.

116 BGH (oben Fußn. 114).

117 KG Berlin, Urteil vom 7. September 2010, Az. 1 Ss 301/10 (166/10).

beinhalte.¹¹⁸ Auch die mit dem eingangs genannten Fall der den Hitlergruß zeigenden Gartenzwerge befassten Staatsanwaltschaften haben bereits einen hinreichenden Tatverdacht verneint und keine Anklage erhoben – die vergoldeten Gartenzwerge dienten als Kunstobjekte ersichtlich dazu, den **Nationalsozialismus der Lächerlichkeit preiszugeben**.¹¹⁹ Nicht ausreichend für einen Tatbestandsausschluss aufgrund eindeutiger Distanzierung ist es jedoch, wenn dem Gebrauch des Kennzeichens zwar möglicherweise subjektiv eine kritische Haltung zum Nationalsozialismus zugrunde liegen mag, dies aber bei der Verwendung nicht eindeutig und offenkundig zutage tritt und das Kennzeichen insofern eher als Mittel wirkt, Aufmerksamkeit zu erlangen („**Hakenkreuz als Blickfang**“).¹²⁰

Die Verwendung muss weiterhin öffentlich, in einer Versammlung oder durch das Verbreiten von Inhalten erfolgen.¹²¹ Ein **öffentliches Verwenden** setzt die Möglichkeit voraus, dass das Kennzeichen von unbestimmt vielen Personen wahrgenommen werden kann; nicht erforderlich ist, dass Personen das Kennzeichen tatsächlich bereits wahrgenommen haben.¹²² Nicht ausreichend soll es in Anwendung dieser Grundsätze sein, wenn eine Person lediglich unauffällig einen Ring mit einem verbotenen Kennzeichen in der Öffentlichkeit trägt¹²³ oder wenn das Kennzeichen während eines Leistungstests im Rahmen des Schulsportunterrichts von einem Schüler in einem nur von der angrenzenden Turnhalle, nicht aber von außen einsehbaren Fitnessraum gezeigt wird.¹²⁴ An einem öffentlichen Verwenden soll es auch fehlen, wenn das Kennzeichen über den Kreis von durch persönliche Beziehungen verbundenen Personen hinaus nur für zwei auf einer Streifenfahrt befindliche Polizeibeamte zufällig wahrnehmbar war.¹²⁵ Auch das **rein private**, nicht öffentlich wahrnehmbare Aufhängen von Hitler-Bildern im eigenen Treppenhaus ist

118 LG Kiel, Beschluss vom 30. Mai 2018, Az. 7 Qs 45/17.

119 So Berichten zufolge die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, vgl. „Justiz ermittelt nicht wegen Hitler-Gartenzweig“, Merkur-online vom 22. Juli 2009, abrufbar unter <http://www.merkur-online.de/aktuelles/bayern/justiz-ermittelt-nicht-wegen-hitler-gartenzweig-meta-419460.html>.

120 LG München, wiedergegeben und bestätigt in: EGMR, Urteil vom 5. April 2018, Az. 35285/16 – vgl. Stegbauer (2019), S. 72.

121 Fischer (2021), § 86a Rdn. 15 ff; Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2019), § 86a Rdn. 7; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 7.

122 OLG Koblenz, Urteil vom 11. November 1976, Az. 1 Ss 524/76, MDR 1977, 334.

123 OLG Karlsruhe, Urteil vom 20. März 1997, Az. 3 Ss 128/96, NStZ-RR 1998, S. 10 (Keltenkreuz).

124 OLG Brandenburg, Urteil vom 25. März 2020, Az. (1) 53 Ss 126/19, NStZ 2020, 735 (Hitlergruß).

125 Vgl. AG Rudolstadt, Beschluss vom 5. Dezember 2012, Az. 375 Js 28454/12 - 1 Ds jug (Bekleben eines Straßenschildes mit den in Form eines Hakenkreuzes angeordneten Fetzen eines Bierflaschenetiketts).

mangels Öffentlichkeit nicht erfasst.¹²⁶ Kein Verbreiten ist auch die **Versteigerung einer Einzelsache**¹²⁷ oder deren Verkauf, es sei denn, der Verkäufer bezweckt hiermit die Weitergabe seitens des Käufers an einen größeren Personenkreis.¹²⁸

Durchaus bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, wenn seitens der Rechtsprechung zugunsten der tatverdächtigen Person berücksichtigt wird, dass diese die strafbare Kennzeichenverwendung vor einer **Versammlung von Gleichgesinnten** begangen habe, so dass „eine schädliche Beeinflussung rechtschaffener Bürger offenbar nicht stattfinden konnte“¹²⁹.

3.4. Sozialadäquanz

Nach der so genannten **Sozialadäquanz-Klausel** in § 86a Absatz 3 i. V. m. § 86 Absatz 4 StGB greift der Tatbestand nicht, wenn die Handlung der **staatsbürgerlichen Aufklärung**, der **Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen**, der **Kunst** oder **Wissenschaft**, der **Forschung** oder der **Lehre**, der **Berichterstattung** über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.¹³⁰

Nach der Sozialadäquanz-Klausel könnte etwa das Tragen von SS-Uniformen im Rahmen eines **historischen Umzugs** im Verbund mit zahlreichen anderen historischen Uniformen jedweder Provenienz als straflos zu bewerten sein.¹³¹ Nicht durch die Sozialadäquanz-Klausel gedeckt sein kann hingegen beispielsweise die **massenhafte Verbreitung** von Gegenständen mit dem Kennzeichen, wie etwa der Verkauf von mit Hakenkreuzen versehenen Spielzeugflugzeugen.¹³² Einem Urteil zufolge soll auch eine lebensgetreue Hitler-Darstellung in einem **Faschingsumzug** strafbare Kennzeichenverwendung sein.¹³³

3.5. Subjektiver Tatbestand

Ist objektiv eine strafbewehrte Kennzeichenverwendung zu bejahen, setzt eine Verurteilung weiterhin voraus, dass – zumindest bedingt – **vorsätzlich** gehandelt wurde. Der Vorsatz muss sich

126 So AG München, Urteil vom 19. Januar 2009, Az. 424 C 18547/08. Eine wegen der Bilder erfolgte Kündigung des Mieters durch den Vermieter sei aus diesem Grund unwirksam.

127 BayObLG, Urteil vom 14. Mai 1981, Az. 3 St 32/81, NStZ 1983, S. 120.

128 OLG Bremen, Beschluss vom 3. Dezember 1986, Az. Ws 156/86, NJW 1987, S. 1427.

129 AG Hamm, zitiert bei OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NStZ 2007, S. 45.

130 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 10.

131 Vgl. hierzu die Berichterstattung über den Sachsen-Anhalt-Tag 2009: Schierholz/Schafmeister (2009).

132 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 398 = NJW 1979, S. 1555.

133 AG Münsingen, Urteil vom 1. September 1977, Az. 2 Ds 79/77, MDR 1978, S. 73. Kritisch: Fischer (2009), § 86a Rdn. 5; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 3.

auf sämtliche Tatbestandsmerkmale beziehen, also auch darauf, dass die betreffende Vereinigung unanfechtbar verboten worden ist.¹³⁴

3.6. Rechtsfolgen

Straftaten nach § 86a StGB können mit **Freiheitsstrafe** bis zu drei Jahren oder mit **Geldstrafe** geahndet werden. Bei **geringer Schuld** kann das Gericht von einer Bestrafung absehen (§ 86a Absatz 3 i. V. m. § 86 Absatz 5 StGB). Erfolgt eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten, kann das Gericht die **Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, und das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen**, für die Dauer von bis zu fünf Jahren **aberkennen** (§ 92a i. V. m. § 45 Absatz 2 und 5 StGB).

134 Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2019), § 86a Rdn. 11.

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

Bartels, Barbara (2002). Rudolf Heß – Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation? Zur Reformbedürftigkeit des § 86a StGB. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2002, S. 297 ff.

Fischer, Thomas (2009). Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 56. Aufl. des von Otto Schwarz begr. und in der 38. bis 49. Aufl. von Herbert Tröndle bearb. Werks. München: Beck.

Fischer, Thomas (2021). Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 68. Aufl. des von Otto Schwarz begr. und in der 38. bis 49. Aufl. von Herbert Tröndle bearb. Werks. München: Beck.

Handbuch der Rechtsförmlichkeit (2008). Handbuch der Rechtsförmlichkeit, 3. Auflage, 22. September 2008, in: Bundesanzeiger G 1990, Jahrgang 60, 22. Oktober 2008, Nr. 160a.

Hemken (1946). Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven. Loseblattsammlung. 3. Auflage. Stuttgart: Dt. Verl. Anst.

Herz, Simone (2009). Riesenzooff um goldenen Nazi-Zwerg. Bild.de vom 20. Juli 2009.
<http://www.bild.de/BILD/news/2009/07/16/hitler-gruss/nazi-zwerg-schockt-nuernberg.html>.

Horsch, Andreas (2008). Das Bundesverfassungsgericht, die Ähnlichkeit im Sinne des § 86a Abs. 2 Satz 2 StGB oder: Zeit für die Entdeckung der Lebenswirklichkeit. In: Juristische Rundschau (JR) 2008, S. 99 ff.

Jahn, Joachim (1998). Strafrechtliche Mittel gegen Rechtsextremismus: die Änderungen der §§ 130 und 86a StGB als Reaktion auf fremdenfeindliche Gewalt im Licht der Geschichte des politischen Strafrechts in Deutschland. Frankfurt am Main [u. a.]: Lang. Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1998.

Jescheck, Hans-Heinrich / Weigend, Thomas (1996). Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil. 5. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.

Leipziger Kommentar (2021). Strafgesetzbuch. Leipziger Kommentar. Großkommentar. 13., neu bearbeitete Auflage. Hrsg. von Gabriele Cirener u. a. Siebter Band, §§ 80 bis 121.

Lüttger, Hans (1960). Zur Strafbarkeit der „Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen nach § 4 des Versammlungsgesetzes. In: Goltdammer's Archiv für Strafrecht (GA) 1960, S. 129 ff.

Münchener Kommentar (2021). Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hrsg. von Wolfgang Joecks und Klaus Miebach. 4. Aufl. München: Beck.

Rathke, Hannes / Chionos, Tatjana (2013). Parteiverbote unter dem Grundgesetz und der EMRK. Aktueller Begriff Nr. 02/13. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/193480/e1c02208cc129970754653b8053ac1fc/parteiverbote-data.pdf>.

Reuter, Dirk (2005). Verbotene Symbole: eine strafrechtsdogmatische Untersuchung zum Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in § 86a StGB. Baden-Baden: Nomos. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2004.

Saft, Gunnar (2014). Mehr Straftaten in Bussen und Bahnen. SZ-Online vom 7. Februar 2014. <http://www.sz-online.de/sachsen/mehr-straftaten-in-bussen-und-bahnen-2769672.html>.

Schierholz, Alexander / Schafmeister, Christian (2009). SS-Auftritt erhitzt Gemüter. Mitteldeutsche Zeitung vom 19. Juni 2009, S. 1.

Schönke-Schröder (2019). Strafgesetzbuch: Kommentar. Begr. von Adolf Schönke (1.-6. Aufl.). Fortgef. von Horst Schröder (7.-17. Aufl.). 30. neu bearb. Aufl. München: Beck.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (2015). Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus. 9. Auflage.

SK-StGB (2012). Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hrsg. von Hans-Joachim Rudolphi u. a. 8. Aufl. 2012. Stand: 138. Lieferung, August 2013. München: Luchterhand.

Stegbauer, Andreas (2000). Rechtsextremistische Propaganda im Lichte des Strafrechts. München: VVF. Zugl.: München, Univ., Diss., 2000.

Stegbauer, Andreas (2002). Rechtsextremistische Propaganda und das Kennzeichenverbot des § 86a StGB. In: Juristische Rundschau (JR) 2002, S. 182 ff.

Stegbauer, Andreas (2008). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2008, S. 73 ff.

Stegbauer, Andreas (2012). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2012, S. 79 ff.

Stegbauer, Andreas (2017). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2017, S. 266 ff.

Stegbauer, Andreas (2019). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2019, S. 72 ff.

Trips-Hebert, Roman (2009). Volksverhetzung. Aktueller Begriff Nr. 78/09. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/190798/a52bed78fd61296f7a3ea11e84e7c12e/volksverhetzung-data.pdf>.

Trips-Hebert, Roman (2013). Mit dem Strafrecht gegen DDR-Symbole? Zur Debatte um ein erweitertes strafrechtliches Kennzeichenverbot. In: Recht und Politik (RuP) 2013, S. 216 ff.

von Dewitz, Clivia (2006). NS-Gedankengut und Strafrecht: die §§ 86, 86a StGB und § 130 StGB zwischen der Abwehr neonazistischer Gefahren und symbolischem Strafrecht. Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht. Berlin: Duncker & Humblot. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2005.

* * *